

Arbeitskreis Muslime – Nichtmuslime in Nürnberg präsentiert „Charta des Zusammenlebens“

Orientierungshilfe für gelingendes Miteinander

In den vergangenen zweieinhalb Jahren hat der Arbeitskreis Muslime – Nichtmuslime in Nürnberg eine „Charta des Zusammenlebens“ erarbeitet, eine 20-seitige Broschüre, die nun im Begegnungszentrum „Brücke-Köprü“ vorgestellt wurde.

In dem Arbeitskreis engagieren sich seit zehn Jahren Vertreter der Kirchengemeinden, Moscheevereine, freier Träger, politischer Parteien und interessierte Einzelpersonen mit dem Ziel, Verbesserungen für das Zusammenleben von

Muslimen und Nichtmuslimen zu erwirken. Die in diesem fortwährenden intensiven Dialog gewonnenen Einsichten und Erkenntnisse sind in die Charta eingeflossen, von der 2000 Stück aufgelegt wurden. In gedruckter Form ist sie in der Brücke erhältlich, unter der Website www.bruecke-nuernberg.de steht sie zum Download zur Verfügung.

Interkultureller Dialog

In Nürnberg leben Menschen unterschiedlicher Nationen, Religionen und Herkunft, die die Stadt mit prägen, darunter 40 000 Muslime als stärkste nicht-christliche religiöse Gruppe. Damit diese Menschen in der Stadt Heimat finden, kommt dem interkulturellen Dialog eine zentrale Rolle zu, sagt Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly in seinem Grußwort, der das Erscheinen der Charta begrüßt, weil er darin „die Umsetzung der Leitlinien städtischer Integrationspolitik“ erblickt. Nun gelte es, diese Charta in die Stadtgesellschaft hineinzutragen und sie als Orientierungshilfe für entsprechende Fragestellungen und Konflikte zu nutzen, so der OB.



Die Charta des Zusammenlebens wurde in der Brücke-Köprü vorgestellt: Jürgen Kaufmann, İlhan Postaloglu, Pfarrer Hans-Martin Gloel, Dekan Wolfgang Butz, Dr. Peter Schönlein, Güneyt Gencer (von links). Foto: Ulrike Pilz-Dertwinkel

Der Schirmherr des Arbeitskreises, Altbürgermeister Dr. Peter Schönlein, würdigte das „bewundernswerte Engagement namhafter Vertreter der Kirchen, Muslime, Politik und Gesellschaft und nannte die Charta einen „Meilenstein“ und eine „Hilfestellung zur gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung“, worüber er „sehr glücklich“ sei.

30 Fachleute haben ihr Wissen in die Charta eingebracht, inhaltlich unterteilt in die drei Rubriken Recht und Religion, Bildung und Erziehung, Seelsorge und Soziales. Darin werden Empfehlungen gegeben, wie der Prozess des Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen konstruktiv weitergeführt und ständig verbessert werden kann.

Sie sei keinesfalls eine abgeschlossene Sache sondern stets offen für weitere Entwicklung, sagte Brücke-Leiter und einer der Moderatoren, Pfarrer Hans-Martin Gloel. Auch könne sie als Vorbild für den Umgang mit anderen Religionsgemeinschaften dienen. Der evangelische Dekan Wolfgang Butz nannte es ein Anliegen der Kirchen, dass das Zusammenleben von Menschen

unterschiedlicher Herkunft gelinge. Dazu gehöre gegenseitige Akzeptanz und Verständnis dafür, dass die Menschen in ihrer neuen Heimat auch ihre Religion leben wollten.

Stärkere Einbeziehung

In der Charta wird auf die Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften verwiesen und beispielsweise empfohlen, dass die Vielfalt der Gesellschaft sich in der Ausgestaltung der pädagogischen Konzepte von Kindertagesstätten als auch in deren Trägern widerspiegeln sollte. Muslimische Kinder dürften in den Schulen keinerlei Diskriminierung erfahren.

Öffentliche Räume, die der religiösen Besinnung dienen, sollten allen Religionen zugänglich gemacht werden. Gefordert wird die Verbesserung der interreligiösen, interkulturellen und sozialen Kompetenzen bei Lehrern und Erziehern. Wünschenswert sei auch die Beschäftigung muslimischer Erzieherinnen und Erzieher in KITAS, die von muslimischen Kindern besucht werden. Ebenfalls wird Respekt vor religiös motivierter Kleidung eingefordert.

Mitgewirkt bei der Charta hat auch Pastoralreferent Jürgen Kaufmann, im Erzbistum zuständig für Interreligiösen Dialog. Er nennt im Bereich Seelsorge konkrete Beispiele für Handlungsbedarf: In Krankenhäusern, Altenheimen und in Gefängnissen gibt es für Muslime keine institutionalisierte Seelsorge.

Auch eine wie bei den Christen gepflegte ehrenamtliche Begleitung wäre wünschenswert. İlhan Postaloglu (Vorsitzender der Türkisch-Islamischen Union DITIB Nürnberg) räumt ein, dass die muslimische Seite solche Strukturen aufbauen müsse, wenn die Rahmenbedingungen gegeben seien.

Für Rechtsanwalt Güneyt Gencer bedeutet die im Vergleich mit der Türkei nicht so starke laizistische Trennung in Deutschland für die Bundesrepublik eine größere Herausforderung, auf einen Konsens zwischen Mehrheitsreligion und Zuwanderungsreligion hinzuwirken. Dafür seien gegenseitige Integrationsbemühungen nötig – seitens des Staates wie auch der Migranten. **Ulrike Pilz-Dertwinkel**